



Geltendes Recht in der Asylkrise durchsetzen – Verfassungsbruch durch Bund und Länder beenden

Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/2545 -

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, lassen Sie mich zunächst noch mal einen Satz zum Kollegen Blechschmidt sagen, der mich hier als Lügner bezeichnet hat, und das hatte gar keine Konsequenzen. Ich finde das seltsam; das wird zum guten Ton hier im Haus, mich als Lügner zu bezeichnen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zum Thema reden!)

Herr Blechschmidt, ich habe allein schon deshalb nicht gelogen, weil ich die Linke-Stadtratsfraktion aus Gera in meiner Aufzählung gar nicht erwähnt hatte. Deswegen weiß ich gar nicht, was Sie mir da unterstellen – ja, klar haben die vielleicht 150 Euro gespendet, das habe ich überhaupt nicht in Abrede gestellt, aber die habe ich gar nicht genannt in meiner Aufzählung.

(Unruhe DIE LINKE)

Also, Sie müssen mal Ihr hübsches linke Ohrchen spitzen und das rechte am besten auch noch, wenn ich rede.

So, jetzt kommen wir zu unserem Antrag, meine Damen und Herren. Es ist eigentlich peinlich – und das ist jetzt kein Wortspiel mit einem Namen einer Abgeordneten, sondern das ist die Wahrheit –, es ist peinlich, dass wir es wieder tun müssen und seit März auch hier in diesem Landtag versuchen,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war nicht witzig! Es fehlt Ihnen an Originalität!)

nämlich den Freistaat dazu zu veranlassen, das Selbstverständliche zu tun: Das geltende Recht einzuhalten und durchzusetzen. Mehr wollen wir gar nicht.

(Beifall AfD)

Und da passt es sehr gut, obwohl der Antrag aus dem März ist und obwohl wir inzwischen Oktober

haben – es wurde ja immer wieder geschoben, ich weiß nicht warum –, dass ich in der Vorbereitung dieser Thematik eine Zeitung gelesen habe. Ich zitiere mal mit der Gestattung des Präsidenten daraus einen Kommentar: „Nicht rechtstreu – aber ‚politisch sinnvoll‘. Vertrauensverlust wird beklagt. [...] Der Staat traut seinen Bürgern nicht und diese wiederum trauen dem Staat und viele den Politikern wie ihren Parteien nicht. Im schlechtesten Sinne natürlich.“

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist der Fakt?)

„Einen signifikanten Mangel an Rechtstreue muss man tatsächlich den Regierungen der letzten Jahre konstatieren. ... Wer Recht wiederholt außer Kraft setzt, riskiert nicht nur eine Systemkrise, sondern toleriert einen Ansehens- und Vertrauensverlust im Volk, ja selbst beim eigenen Personal, den Beamten und Beamtinnen.“ Ich zitiere hier gegendert. „Im Falle der Finanzierungsorgie Griechenlands ist sechzigmal deutsches Recht gebrochen worden. Auch der unkontrollierte millionenfache Zustrom illegal eingereister Flüchtlinge war nicht nur ein Rechtsbruch in jedem Einzelfall, sondern auch ein Verstoß gegen internationale Abkommen wie die Schengen- und die Dublin-Ver einbarung.“ Meine Damen und Herren, jetzt kommt die Auflösung: Woraus stammt dieses Zitat? Stammt es aus einem extremistischen Kampfblatt oder stammt es aus dem beamtenaffinen, aus dem Behördenfachblatt „Behördenspiegel“ Juli 2016?

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Hört, hört!)

Ich sage es Ihnen: Juli 2016 „Behördenspiegel“, das ist die Zeitschrift, die Sie alle monatlich in Ihren Postfächern finden und wahrscheinlich nicht lesen. Ich habe sie gelesen. Das ist das Fachblatt der deutschen Beamtenschaft und diese Worte stammen von der deutschen Beamtenschaft. Und wenn die Beamtenschaft schon so denkt – wenn wir das sagen würden, würden Sie es verketzern wieder als rechtspopulistisch oder weiß der Henker was bezeichnen –, wenn die Beamtenschaft schon so denkt, dann ist dieses Thema so was von wichtig, dass es heute behandelt werden muss. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren! Herr Lauinger, der gestrige Tag hat dazu geführt, dass ich immer ein bisschen schmunzeln muss, wenn Sie sich hier hinstellen und anderen Leuten erzählen, was die vielleicht falsch gemacht haben, aber bei Ihnen die Einsicht, dass Sie was falsch gemacht haben, ja nicht so ganz stark ausgeprägt ist. Aber das war das Thema, was wir gestern vertieft hatten.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Das ist ja pure Stimmungsmache!)

Herr Lauinger, vielleicht ist es in Vergessenheit geraten, aber wir haben einen Artikel 16a des Grundgesetzes und wir haben auch ein Asylgesetz, wo durchaus die Möglichkeit besteht, aus offensichtlich sicheren Drittstaaten Einreisende oder versuchte Einreisende zurückzuschieben. Vielleicht lassen Sie sich dieses Gesetz mal von Ihrem persönlichen oder privaten Referenten etwas näher bringen bei einer Tasse Tee. Dann werden Sie sehen, dass es völliger Unsinn ist, was Sie hier erzählen, dass nämlich jeder einen Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland hat. Wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat einreist, kann ich ihn an der Grenze zurückweisen und sagen, du kommst hier erst gar nicht rein. So einfach ist die Kiste.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist falsch!)

(Beifall AfD)

Wenn allerdings Ihre Zahlen stimmen sollten mit den so geringen Flüchtlingszahlen in diesem Jahr, dann erklärt das einiges, es erklärt zum Beispiel auch, warum Frau Rothe-Beinlich so bitter-sauer dreinschaut, denn dann wird unser Land ja viel weniger bunt als sie sich das wünscht. Also schlecht gelaufen für Sie, Frau Rothe-Beinlich, wenn so wenig Leute kommen.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag setzen wir uns dafür ein, dass die Landesregierung im Wege eines Bund-Länder-Streitverfahrens die Verfassungswidrigkeit der derzeit herrschenden Politik der offenen deutschen Grenzen feststellt. Das ist tatsächlich nach wie vor ein Fakt. Was da an Grenzkontrollen eingeführt wurde, ist eine Farce. Daran hat auch der schmutzige Türkei-Deal nichts geändert. Wir wollen, dass die Aussetzung der Dublin-III-Verordnung ebenfalls als rechtswidrig vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wird. Auch soll sich die Landesregierung im Bundesrat für die sofortige Schließung der Bundesgrenzen für illegal Einreisende einsetzen. Ich habe gerade erklärt, Herr Lauinger, wie so was funktioniert. Sie wollen es dann wahrscheinlich am Wochenende ein bisschen nacharbeiten. Sie sehen, danach ist dieses Thema sehr aktuell, auch wenn ich da schon die Reaktion der rot-grünen Betroffenheitsbeauftragten höre, die sagt, die Sache ist ja nicht mehr so relevant, denn so viele Flüchtlinge kämen ja nicht mehr. Wie gesagt, der Antrag ist aus dem März 2016. Wir haben überlegt, ob wir ihn runternehmen, aber er ist nach wie vor und auch wieder – wie ich gerade aus dem Behördenspiegel zitiert habe – brandaktuell.

Meine Damen und Herren, den aktuellen Zahlen, die Herr Lauinger genannt hat, angeblich nur 5.500 Flüchtlinge oder Migranten in diesem Jahr bislang in Thüringen, stehen aber, wie das BAMF mitteilt, rund 13.500 Asylanträge in diesem Jahr entgegen. Jetzt müssen Sie mal erklären, wie diese Diskrepanz von 8.000 zustande kommt. Waren die schon alle da? Wo kommen die denn her? Ich muss Ihnen sagen, Ihre Zahlen sind wenig belastbar, zumal Sie auch meistens im Ausschuss zugeben, dass keiner irgendwie etwas Genaues weiß. Deshalb wundere ich mich, dass Sie hier so konkrete Zahlen nennen.

Wir machen uns natürlich nach wie vor auch fest, nicht an irgendeinem, einem rechten Hetzer oder so, sondern wir machen uns fest am Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen, der nach wie vor mit der Aussage im Raum steht, „Thüringer Landeszeitung“ vom 23.01.2016 – ich glaube hier mal der Presse, warum sollten wir das nicht tun. Herr Ramelow wird zitiert mit: „Wahrscheinlich werden wir 40.000 Flüchtlinge bekommen“, was rund 1,5 Millionen für Deutschland entspricht. Er meinte das Jahr 2016. Wenn ich von diesen ramelowschen Zahlen ausgehe, dann fehlen in Thüringen noch rund 34.000, wenn ich Herrn Lauingers Zahlen zugrunde lege, rund 25.000 Flüchtlinge, die dieses Jahr noch kommen. Das ist noch wesentlich mehr als im chaotischen Inshalla-Jahr 2015. Deshalb ist unser Thema hier auch brandaktuell.

(Beifall AfD)

Jetzt kann man natürlich einwenden, okay, der Herr Ramelow sagt und vor allem twittert oft irgendwas mit extrem kurzer Halbwertszeit, was nicht per se falsch ist. Aber hier geht es nicht um einen Twittererguss, vom heimischen Sofa, sondern hier geht es um ein Interview in der „Thüringischen Landeszeitung“ vom 23.01. – das ist bisher weder von Herrn Ramelow noch von seinem Adlatus Hoff noch von sonst jemandem dementiert worden. Ich nehme die Zahlen daher für bare Münze und verstehe daher gar nicht, warum Frau Rothe-Beinlich nach wie vor so bitter dreinschaut. Frau Rothe-Beinlich, es kommen doch in diesem Jahr genug, dass Sie glücklich werden. Sie müssen sich nur auf die Zahlen des Herrn Ramelow verlassen. Ein ganz wichtiges Thema für dieses Land

also, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch – für die CDU weniger, die ist hier schon geschlossen geflüchtet –, dass monatelang von der gesamten Altparteienschar, unterstützt von medialem Feuer aus sämtlichen Staats- und Einheitsmedien und Mutti herself gebetsmühlenartig verbreitet wurde, man könne Grenzen gar nicht schließen, das bringe nichts und wäre irgendwie rechter Unfug.

Wir haben uns von Anfang an, vor allem der Kollege Höcke hat sich da, das muss ich sagen, besonders hervorgetan, deutlich dazu positioniert: Grenzen müssen geschlossen werden und das funktioniert auch. Und siehe da, nun weiß man, es geht. Und es funktioniert. Und wie! Warum haben Sie denn da – ich darf das Wort in den Mund nehmen – alle den Leuten draußen die Hucke vollgelogen. Es funktioniert, und zwar genauso, wie es die AfD von Anfang an gesagt hatte. Das zeigt wieder einmal, die AfD hatte von Anfang an recht und Sie werden mir glauben, ich habe inzwischen aufgehört nachzuzählen, wie oft wir recht hatten, weil es schlicht so ist, dass wir immer recht haben, meine Damen und Herren, und zwar sowohl im Land als auch im Bund.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einzigen, die die Realität verkennen, sind Sie und da personifiziert durch meine Freundin Astrid Rothe-Beinlich. Und glauben Sie nicht, dass die unangenehme, schmutzige Arbeit infolge des seltsamen Türkei-Deals, der da abgeschlossen wurde, nicht irgendwann wieder auf uns zurückfällt. Denn diese Zusammenarbeit mit dem Despoten auf dem Balkan wird nicht mehr lange funktionieren. Irgendwann wird auch der letzte Politiker der Altparteien – zumindest die, die jetzt hier sind – kapiert haben, dass man sich von der Türkei nicht grenzenlos erpressen lassen kann und dass die Visafreiheit für Türken, die in der Diskussion ist, dem Beelzebuben entspricht, mit dem man das Migrationschaos versucht auszutreiben. Das wird nicht funktionieren.

Die Türkei, meine Damen und Herren – da kommen wir mal wieder zum historischen Versagen von Rot-Rot-Grün –, die Türkei, wenn man mal drüber nachdenkt, ist doch ein klassisches Beispiel für politische Inkompetenz zumindest der Rot-Rot-Grünen. Die CDU muss ich da mal in Schutz nehmen, die eiert so ein bisschen rum, aber so inkompetent wie die anderen war die CDU in dem Fall nicht.

Ich darf mich mal erinnern. Noch vor nicht allzu langer Zeit war jeder, der sich gegen den Türkei-eintritt in die EU aussprach, mindestens ein Nationalist oder ein Fremdenfeind, wahrscheinlich sogar ein Nazi. Das war aus rot-grüner Sicht einhellige Meinung, die Türkei müsse in die EU und dann wird hier alles gut. Und nun haben wir aus dieser Richtung vom rot-rot-grünen Gutmenschen-tum lange nichts mehr gehört. Nichts mehr zum Türkeibeitritt – da ist Ruhe und kein Nationalismus mehr im Spiel, wenn man dagegen ist.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Da machen Sie sich Sorgen!)

– Nein. – Nun stellen Sie sich mal vor, Sie hätten das Sagen. Stellen Sie sich einmal wirklich vor, Sie hätten im Bund das Sagen. Dann wäre die Türkei seit einiger Zeit Vollmitglied der EU, mit allen Rechten und Pflichten für alle Türken. Können Sie sich vorstellen, wie es dann hier aussehen würde? Sie hätten Deutschland noch weiter in den Abgrund geritten, als es bisher geschehen ist!

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist entscheidend?)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Der Abgrund steht da vorn!)

Da fallen mir – ich habe noch mal so eine nette Alliteration gemacht – hier keine drei K ein zu den Grünen, sondern zu den Rot-Rot-Grünen fallen mir drei V ein, Verblendetheit der Politik, Versagen, was politische historische Einschätzungen angeht – wann lagen die Rot-Grünen schon jemals richtig – nie! Historisch lagen die nie richtig, da hat Ihnen sogar die CDU was voraus. Und das dritte V ist Verschleierung der wirklichen Zustände. Drei V für Rot-Rot-Grün. Herzlichen Glückwunsch, meine Damen und Herren!

(Beifall AfD)

Aktuell ist auch: Die Lager in Libyen und Ägypten platzen aus allen Nähten. Täglich brechen dort nach wie vor unzählige Menschen über das Mittelmeer auf, viele sterben und werden noch sterben, auch weil Ihnen die deutschen Altparteien und Mutti herself – es fällt mir als Mitglied des Vereins Deutsche Sprache schwer, das zu sagen – falsche Versprechungen gemacht haben. Sie sind mitverantwortlich dafür, dass Tausende von Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken und verrecken.

(Beifall AfD)

Im Lichte unseres Antrags und zur Sicherung der rechtskonformen Behandlung der Asylbewerber, die sich bereits im Bundesgebiet befinden, ist es zwingend, die Einhaltung des Grundgesetzes und der sonstigen Gesetze zu sichern.

Was wir nach wie vor dringend benötigen, ist eine Wiederherstellung des Primats des Rechts in unserem Land.

(Beifall AfD)

Was sagt es eigentlich über den Zustand unseres Rechtsstaats aus, wenn nur noch die AfD – unterstützt durch die deutsche Beamtenschaft, die ich gerade zitiert habe – die einzige Kraft im Land ist, die auf die Durchsetzung und Umsetzung von Recht und Ordnung im Land beharrt? Nur die AfD.

(Beifall AfD)

Es war Ihr – welche Volkspartei war es? die SPD – Bundestagsfraktionsvorsitzender, der Mitte März bereits in einer Gesprächsrunde im Staatsfunk die Frage aufwarf, dass selbst er in der Flüchtlingspolitik – wobei ich schon gar keine Politik in dem Sinne erkennen kann, aber er hat es so gesagt, als einer der maßgeblichen, gewichtigen Beteiligten, die nur Chaos und Herumgeeier erkennen lassen haben – nachgefragt hat, ob die Bundesregierung insoweit überhaupt demokratisch legitimiert sei. Der eigene Chef in Berlin wirft diese Frage auf. Unsere Antwort darauf, ob die Bundesregierung demokratisch legitimiert ist und war, ist ein klares Nein. Sie ist nicht demokratisch legitimiert und ihre Politik fußt nur auf konzeptionslosem, gefühlsduselndem Herumgestolper von Merkel und Co. Nichts anderes findet da in Berlin statt.

(Beifall AfD)

Bis heute hat der Deutsche Bundestag, sie wissen es alle, nicht darüber entschieden, ob der ge-

setzlose Zustand, der seit September 2015 in Deutschland herrscht und den vor allem Frau Merkel und die Schwarz-Rot-Grünen zu verantworten haben, vielleicht doch nachträglich zumindest mal diskutiert, am besten noch legalisiert wird. Kein Parlament hat bisher in Deutschland darüber entschieden, was die einsame, alte Frau im Bundeskanzleramt da entschieden hat. Das war ein Putsch von oben. Ein Staatsstreich von oben war das, nichts anderes.

(Beifall AfD)

Das unterstreicht das, was ich vorhin vorgelesen hatte, das Problem des institutionalisierten Rechtsbruchs. unter dem wir in Thüringen seit dem Amtsantritt der Ramelow-Regierung ganz massiv leiden. Gestern war das sehr lang Thema. Ich hatte dazu Ausführungen gemacht. Gern würde ich die Rede noch mal vorlesen, vielleicht ein andermal, wenn der nächste Minister hier wieder aus der Reihe getanzt ist. Aber dieses Problem greifen wir hiermit auf. Es kann nicht sein, dass sich weiterhin eine perfide Form des Gewohnheitsrechts, wobei das Gewohnheitsrecht eher eine schlechte Angewohnheit von Frau Merkel ist, diese Art des Schlechte-Angewohnheit-Rechts, in Deutschland etabliert und weiterhin millionenfach Rechtsbruch stattfindet.

Meine Damen und Herren, der Herr Lauinger hat gerade aus dem Gutachten eines Herrn Di Fabio zitiert. Auch ich werde das jetzt tun. 22 Worte habe ich mir daraus herausgeschrieben, ich zitiere: „Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen [...] verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem [...] gestört ist.“

(Beifall AfD)

Das hat mein persönlicher Referent herausgearbeitet. Genau das tut der Bund nicht: Die Grenzkontrollen – ich hatte es vorhin gesagt –, die zurzeit stattfinden, sind a) eine Farce, zum anderen werden sie b) von der Bundesrepublik selber dadurch umgangen, dass man auf Wegen, die eben nicht direkt durch die Grenze führen, sondern obendrüber oder drumherum, Flüchtlinge zu Tausenden ins Land holt, die hier nichts verloren haben. Deshalb müssen die Länder und muss auch Thüringen dafür sorgen, dass die Bundesexekutive zurechtgewiesen wird. Auch wenn Sie mir glauben, dass ich daran nicht glaube, wenn ich mir das Kabinett und die Regierung in Thüringen angucke, haben wir diesen Antrag eingebracht und bitte Sie trotz allem dem zuzustimmen. Wenn die Reihen so gelichtet bleiben, gibt es wenigstens wenig Gegenstimmen. Deshalb habe ich da ein gutes Gefühl. Vielen Dank.

(Beifall AfD)